Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

11.03.1987 - Drucksache 11/889

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/889
11. 03. 87

Antrag der Fraktion der GRÜNEN

AIDS

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Bremer Senat wird aufgefordert, zur Verhinderung von Diskriminierung AIDS-Kranker und HIV-Infizierter folgende Maßnahmen im Lande Bremen zu ergreifen:

— jegliche Datenerhebung und -speicherung über Angehörige sog. Risikogruppen zu unterbinden, die über das vom Gesetz festgelegte Maß hinausgehen,

— im Rahmen seiner Zuständigkeiten dafür zu sorgen, daß Testungen auf HIV-Antikörper nur mit Einwilligung der Patienten und dem Angebot begleitender Beratung durchgeführt werden dürfen,

— in Verhandlungen mit Vertretern der Berufsstände darauf hinzuwirken, daß medizinische und therapeutische Behandlungen aufgrund einer HIV-Infektion nicht abgelehnt werden,

— sich im Bundesrat sowie in den zuständigen Gremien dafür einzusetzen, daß keine gesetzlichen Änderungen bzw. keine Anwendung des Bundesseuchengesetzes auf HIV-Infizierte zugelassen wird,

— die Aufhebung des Beschäftigungsverbotes für HIV-infizierte Strafgefangene in Bremer Strafvollzugsanstalten im Bereich des Umgangs mit Lebensmitteln sowie bei Frisiertätigkeiten zu veranlassen.

Der Bremer Senat wird aufgefordert, zur Prävention folgende Maßnahmen zu ergreifen:

— finanzielle und organisatorische Möglichkeiten für vermehrte Aufklärungsarbeit der entsprechenden Beratungsstellen zur Verfügung zu stellen,

— die Beratung im Drogenbereich und in den Justizvollzugsanstalten (JVA) personell und finanziell auszubauen und abzusichern,

— eine umfassende Aufklärung und Fortbildung für

  — Lehrer/innen

  — Ärzte/innen und Pflegepersonal in den landeseigenen Krankenanstalten

  — Landespersonal im Jugendarbeitsbereich

  — Personal im JVA-Bereich

  zu organisieren,

— die Initiative gegenüber der Ärztekammer für eine Fortbildung der niedergelassenen Ärzte zu ergreifen,

— sicherzustellen, daß die Kosten für Kondome für Sozialhilfeempfänger auf Antrag vom Sozialamt ohne ärztliche Verordnung übernommen werden,

— Ersatzdrogen kontrolliert über Beratungsstellen und Ärzte abgeben zu lassen; mittelfristig ein Ersatzdrogenprogramm zu entwickeln,

— in den JVAs umfassende Aufklärung und Beratungsangebote zu organisieren,

— Strafgefangenen an freizugänglichen Orten Spritzen und Kondome zur Verfügung zu stellen,

— eine Vergabe von Einwegspritzen durch Apotheken, Beratungsstellen und Gesundheitsamt sicherzustellen.

Des weiteren wird der Bremer Senat aufgefordert, Hilfen für AIDS-Kranke und HIV-Infizierte durch folgende Maßnahmen zu organisieren:

— in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen im Land Bremen eine klare Kostenregelung zugunsten des ambulanten Bereichs für die Pflege von AIDS-Kranken zu schaffen,

— Wohnplätze und Wohngemeinschaften für AIDS-Kranke anzubieten,

— anzuordnen, daß jede Kostenübernahme des Landessozialamtes prinzipiell ohne HIV-Antikörper-Tests erfolgt und sich dafür einzusetzen, daß dies auch Praxis bei der Landesversicherungsanstalt wird,

— sicherzustellen, daß AIDS-kranke Sozialhilfeempfänger Mehrbedarf und Ernährungszuschläge entsprechend den Mehrbedarfsregelungen bei TBC-Kranken und Diabetikern erhalten,

— alle bisherigen Arbeitsplätze in den verschiedenen AIDS-Beratungsstellen in unbefristete Anstellungsverhältnisse umzuwandeln,

— die Finanzmittel für die verschiedenen Beratungsstellen durch einen Haushaltstitel abzusichern.

Christa Bernbacher, Thomas und Fraktion der GRÜNEN

Druck: Anker-Druck Bremen